

Kai Gehring

- (A) len. In der Jugendgerichtshilfe fehlen Infrastruktur und Personal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist ein Problem, wenn Richter mancherorts keine Antigewalttrainings anordnen können, weil sie dort nicht angeboten werden. Das ist ein Skandal. Gerade in Hessen ist das so. Auch für Opfer muss mehr getan werden. Das sind Probleme in der Praxis. Ihre Verschärfungspläne, also der Koch-Katalog, nach dem Motto „repräsentativ statt präventiv“ sind dabei sicherlich völlig unbrauchbar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von der CDU/CSU: Beides muss man
machen!)

Ich möchte mit einem weiteren Missverständnis aufklären: Jugendgewalt und -kriminalität sind kein Ausländerproblem. Nicht die Hautfarbe oder die ethnische Herkunft sind entscheidend, sondern die Chancen- und Perspektivlosigkeit. Wir wissen doch: je weniger Bildungschancen, desto höher die Gewaltrisiken. Deshalb müssen wir Gewaltursachen rigoros bekämpfen. Wir wollen, dass es endlich eine konsequente und durchgängige Präventionspolitik gibt und dass sie im Bund, in den Ländern, vor Ort und im Stadtteil verfolgt wird.

- (B) Das heißt für uns, dass Eltern ihre Kinder gut erziehen und dass sie bei Erziehungsdefiziten unterstützt werden, notfalls auch mit Druck. Das heißt hinsichtlich des Schutzes vor Vernachlässigung aber auch, dass die Union die Stärkung der Kinderrechte in der Verfassung nicht länger blockieren darf. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten
der SPD – Widerspruch bei der CDU/CSU)

Wir brauchen mehr Frühwarnsysteme und Frühprävention in den Kitas. Wir brauchen bessere Bildungschancen. Das bedeutet: Niemanden zurücklassen, individuell fördern und auf Ganztagschulen setzen. Ich weiß, dass die Union damit ein Riesenproblem hatte. Das bedeutet auch: Schule als gewaltfreier Ort, Lehrerfortbildung, Schulpsychologen, Sozialarbeiter, mehr Schülerbeteiligung, zum Beispiel durch Streitschlichterprogramme und durch Konfliktlotsen, aufsuchende Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit, eine bessere Kooperation zwischen Jugendhilfe, Behörden, Polizei und Justiz. All das machen Sie nicht, weil es viel Geld kostet. Aber das sind die wirklich wirksamen Mittel bei der Bekämpfung und bei der Prävention von Jugendgewalt und -kriminalität.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Einen Punkt will ich Ihnen noch sagen: Wir brauchen eine Kultur der Waffenfreiheit. Ich würde mir von der Union einen Vorschlag zur Verschärfung des Waffenrechtes wünschen. Wir sollten dies machen, da die Verwendung von Hieb- und Stichwaffen zunimmt.

- (Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Den Polizisten
die Waffen wegnehmen!) (C)

Das wäre doch ein sinnvoller Verschärfungsvorschlag der Union. Aber Sie haben offensichtlich Angst vor der Waffenlobby.

(Wolfgang Bosbach [CDU/CSU]: Ihr könnt ja
einmal einen Gesetzentwurf dazu einbringen!
Dem sehe ich mit Interesse entgegen!)

Das alles könnten Sie machen. Dazu höre ich von der Union und von Nochministerpräsident Koch zu wenig. Stattdessen höre ich völlig abstruse Vorschläge à la Kinderstrafrecht. Wer diese Präventionspunkte nicht anpackt, wird in ein paar Jahren mehr Jugendgewalt und -kriminalität beklagen müssen. Kommen Sie daher endlich zur Vernunft. Hören Sie auf, Fakten zu dramatisieren und –

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Herr Gehring, kommen Sie bitte zum Schluss.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
– Ursachen zu ignorieren. Hören Sie auf die Fachwelt. Beenden Sie Ihre rechtspopulistische und schäbige Kampagne in Hessen und bundesweit!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Das Wort hat jetzt die Kollegin Christine Lambrecht
von der SPD-Fraktion. (D)

(Beifall bei der SPD – Dr. Jürgen Gehb [CDU/
CSU]: Aha! Die ehemalige Schattenministerin!)

Christine Lambrecht (SPD):

Sie wird jetzt ein bisschen Licht in die Sache bringen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin schon seit zehn Jahren Mitglied des Bundestages. Als die aufgewärmte bzw. „aufgekochte“ Kampagne des Nochministerpräsidenten von Hessen vor ein paar Wochen aufkam, habe ich mir gedacht: Das sind schon wieder Vorschläge, die wir bereits zigmal abgelehnt haben.

(Kristina Köhler [Wiesbaden] [CDU/CSU]: Ja,
genau! Gut, dass Sie es sagen! – Manfred
Grund [CDU/CSU]: Genau das ist ja das Problem!)

– Noch freuen Sie sich. Ich glaube aber, gleich freuen Sie sich nicht mehr.

Das letzte Mal wurden diese Vorschläge von der Bundeskanzlerin und einstimmig vom gesamten Bundeskabinett im März 2006 abgelehnt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Christian Lange [Backnang]
[SPD]: Aha! Jetzt kommt es heraus!)

Christine Lambrecht

- (A) Im März 2006 hat die Bundesregierung – nachzulesen in einer Drucksache, die ich Ihnen gerne zur Verfügung stelle – zu genau diesen Vorschlägen, die jetzt wieder auf dem Tisch liegen,

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist ja interessant!)

in einer Stellungnahme geschrieben, dass sie sie für nicht unterstützungsfähig hält, weil die meisten Fachverbände und Fachleute sie für nicht geeignet, sondern eher für kontraproduktiv halten. Diese Stellungnahme trägt die Unterschriften von Angela Merkel für das gesamte Bundeskabinett.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben sie ja endlich mal etwas Gutes aufgeschrieben! – Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Lob an die Bundesregierung! – Zuruf von der SPD: Dem haben Sie zugestimmt, Herr Bosbach!)

Die Fachleute, die sich mit der Praxis auskennen – auch die Fachleute in Hessen –, stehen weiterhin zu dieser Einschätzung, nur die Bundeskanzlerin leider nicht mehr. Auf einmal hat sie eine andere Einstellung und lässt sich von Roland Koch in diesem Wahlkampf vor den Karren spannen. So etwas darf nicht sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Da kann man nur froh sein, dass sie ihn wenigstens dann in die Schranken gewiesen hat, als er solch absurde Vorschläge gemacht hat wie den, das Jugendstrafrecht auch auf Kinder anzuwenden. Was wäre denn als Nächstes gekommen? Der Drogentest im Kindergarten, oder was?

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das wäre doch die Konsequenz gewesen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Aber aus Landesmitteln bezahlt! – Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich will ganz deutlich sagen: Sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene in Hessen steht die SPD für eine konsequente Kriminalitätsbekämpfung und für einen konsequenten Strafvollzug. Schauen wir uns die Situation in Hessen einmal an. Herr Hoff, angesichts der Bilanz, die Sie vorgelegt haben, konnte ich mir nur die Augen reiben.

(Volker Hoff, Staatsminister [Hessen]: Das glaube ich!)

Man hatte den Eindruck, Hessen sei das sicherste aller Bundesländer. Wenn in Hessen alles so wunderbar ist, dann frage ich mich aber: Warum die ganze Aufregung?

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie tragen in Hessen seit neun Jahren die Verantwortung. (C)

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Leider!)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich war etwas verwundert, dass jemand, der die Verantwortung für Polizei, innere Sicherheit und Justiz trägt, eine solch katastrophale Bilanz vorlegt. Noch nicht einmal wir, die Opposition, hätten uns das getraut. Dafür kann ich Ihnen nur herzlich danken.

Sie haben in Hessen 1 200 Polizeistellen gestrichen. Was nützt es, dass der Strafraum auf 15 Jahre erhöht wird, wenn keine Polizisten da sind, die die entsprechenden Straftaten verfolgen können?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was soll das?

Sie haben bei der Staatsanwaltschaft Stellen gestrichen. Sie sollten sich einmal die Erklärungen von Staatsanwälten und Richtern anschauen und zur Kenntnis nehmen, was sie zu Ihrer Politik und zu der Bilanz, die Sie gezogen haben, sagen. Viele von ihnen sind ja mittlerweile auf den Barrikaden, und das will bei deutschen Staatsanwälten und Richtern wirklich etwas heißen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da Sie Stellen bei Staatsanwaltschaft und Gerichten gestrichen haben, frage ich Sie: Was nützt es mir, dass die Höchststrafe für Jugendliche 15 Jahre beträgt, wenn die Urteile nicht schnell genug gesprochen werden? In Hessen gibt es nur noch eine einzige Arrestanstalt, in der der Jugendarrest vollzogen werden kann. Man muss aber fünf bis sechs Monate warten, bis man dort einrücken darf, wenn es tatsächlich einmal zu einer Verurteilung gekommen ist. Was hat das denn noch für einen erzieherischen Effekt, wenn jemand warten muss, bis er seinen Arrest antreten darf? Da kann man sich doch nur die Augen reiben. (D)

(Wolfgang Bosbach [CDU/CSU]: Ich kann mir langsam auch nur noch die Augen reiben!)

Herr Bosbach, jetzt möchte ich einen anderen Punkt ansprechen. Da Sie vorhin angemahnt haben, dass wir die Lebenswirklichkeit zur Kenntnis nehmen müssen, und da Sie die Situation der Menschen so schön beschrieben haben, will ich Ihnen erzählen, was in meiner Heimatstadt geschehen ist. In meiner Heimatstadt Viernheim, einer Stadt mit über 30 000 Einwohnern, hat die Hessische Landesregierung vor wenigen Monaten die Polizeistation geschlossen. Das glaubt man kaum. Die Menschen, die dort leben, werden jetzt von der Polizeistation einer Stadt, die ungefähr 17 Kilometer entfernt liegt, mit betreut. Wenn also jemand in der Stadt Viernheim überfallen und die Polizei gerufen wird, dann muss man unter Umständen 30 Minuten warten, bis die Polizei eintrifft.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist ja unglaublich! Was sagt denn die Hessische Landesregierung dazu?)

Christine Lambrecht

- (A) Ich hoffe, der Täter hat Verständnis und wartet so lange, dass er verfolgt werden kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist Hessen!)

Das ist das, was die Menschen in ihrem Alltag erleben. Die Menschen haben tatsächlich Angst. Für sie ist die innere Sicherheit tatsächlich ein Thema, weil sie wissen, dass sie nicht entsprechend geschützt sind. Das ist Ihre Bilanz; darauf können Sie zurückschauen.

Sie haben nach Lösungsmöglichkeiten gefragt. Wer will, dass Präventionsmaßnahmen in Hessen wieder möglich sind, nachdem Sie die Gelder für die Erziehungsberatung gestrichen haben, nachdem Sie die Gelder für die Suchtberatung gestrichen haben, nachdem Sie all das gestrichen haben, dem gebe ich gleich einen Ratschlag. Wer will, dass wieder Polizisten eingestellt werden, die die entsprechende Strafverfolgung möglich machen, dem gebe ich gleich einen Ratschlag. Wer will, dass wieder Staatsanwälte und Richter eingestellt werden, damit der Strafvollzug entsprechend laufen kann, dem gebe ich gleich einen Ratschlag. Er lautet: Am 27. Januar SPD und Andrea Ypsilanti wählen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

- (B) Das Wort hat der Kollege Dr. Hans-Peter Uhl von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich hoffe, er sagt was zu München! – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie das Münchener Plakat dabei?)

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Mitherausgeber der *FAZ*, Herr Schirmmacher, titelte gestern:

Die Debatte über ausländische Jugendkriminalität muss geführt werden – jetzt.

Dazu muss er in Deutschland niemanden mehr überreden; in ganz Deutschland gibt es derzeit nur ein Thema: die wachsende Jugendkriminalität, insbesondere unter ausländischen Jugendlichen, insbesondere in den deutschen Großstädten.

Ich habe mir Gedanken gemacht, wie diese Debatte, die ja übertragen wird, und zwar nicht nur die Redner, sondern auch, wie Sie, die vereinigte Linke hier, bei bestimmten Anlässen zusammen klatschen

(Widerspruch bei der SPD – Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Tolles Benehmen! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt halten Sie mal die Füße still!)

- auch jetzt wieder Ihr Geplärre, Frau Künast –, auf die Menschen wirken mag, (C)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bla, bla, bla! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie sich lieber Gedanken über Ihr Plakat in München!)

die im Fernsehen immer wieder die unglaubliche Brutalität haben sehen können, mit der in der Münchener U-Bahn vor wenigen Tagen ein 76-jähriger Mann zusammengeslagen, zusammengetreten worden ist.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollten sich schämen! Ihr Wahlplakat in München, pfui Deibel!)

Wie reagiert der Deutsche Bundestag, wie nimmt er sich des Themas an, wie geht er damit um?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CSU macht daraus Plakate! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie etwas zu Ihrem Plakat in München!)

Bemüht er sich um Lösungen, oder führt er dieses unsägliche Theater, das wir hier in diesem Bereich erleben können, weiter auf?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Theater ist da, wo Sie sitzen, bei den Rechtsextremen!)

- Meine Damen und Herren, es ist wirklich beschämend, (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

wenn aus dieser Debatte ein Thema des Wahlkämpfers Koch in Hessen gemacht wird,

(Christine Lambrecht [SPD]: Was denn sonst?)

wenn so getan wird, als ob es Roland Koch gelungen wäre, dass ganz Deutschland über dieses Thema redet. Das ist übrigens auch parteipolitisch in hohem Maße unklug, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie. Ich weiß nicht, wer Sie da berät. Dieses Thema ist ein Thema, das die Menschen in ganz Deutschland bewegt,

(Zurufe von der SPD: Normalerweise sieht das die Mehrheit der Bevölkerung genauso! – Merkwürdig, dass Herr Koch das erst im Wahlkampf merkt!)

weil sie sehen: Da ist etwas tabuisiert worden, über viele Jahre, und jetzt wird darüber geredet, muss darüber geredet werden.

Meine Damen und Herren, ich habe das Thema vor etwa zehn Jahren, als ich noch im Münchener Rathaus war, angesprochen.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Trotzdem ist es in München passiert!)

Die Reden könnte ich unverändert wieder halten; es ist nur graduell schlimmer geworden.